



- Dr. Ruthemeyer ist nicht nur Provinzbürgermeister, sondern auch Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW.
- Dem neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz sind immer wieder queerfeindliche Äußerungen vorgeworfen worden. Seit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden bemüht er sich sichtlich, diesen Eindruck zu revidieren. Meine Geschichte zeigt nun auf, dass in seiner Heimatregion, einem Kernland der CDU, das er repräsentiert, ein gesellschaftliches Klima und Machtstrukturen herrschen, in denen Politik, Lokalpresse und Justizbehörden über die misogyn und homophob gefärbten Lügen eines CDU- Bürgermeister im Amt und vor Gericht schweigen und ihn so vor politischen und strafrechtlichen Konsequenzen schützen.
- NRW-Ministerpräsident Wüst hat kurz vor der Landtagswahl 2022 im fresh Magazin ein Interview mit der Überschrift „[Wir wollen die Lebenssituation von LSBTIQ*-Menschen in NRW verbessern](#)“ gegeben.

Im Interview weist er auf den Aktionsplan „Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW“ hin. Dort heißt es:

„Die Landesregierung zeigt keinerlei Toleranz gegenüber denjenigen, die Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminieren.“

Und nach der gewonnenen Landtagswahl sagte er am 31.8.22 [in seiner Regierungserklärung](#) (ab Min. 19:50): "Diskriminierung und Gewalt gegen queere Menschen treten wir konsequent entgegen und zeigen Null Toleranz gegen alle Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit."

Und tatsächlich? Die

Generalstaatsanwaltschaft ist dem Justizminister weisungsgebunden. Ihr Handeln – der wiederholte Versuch, das Verfahren einzustellen und die Verschleppung des Verfahrens – ist also dem Justizminister und damit der Landesregierung zuzurechnen.

Und Hendrik Wüst fuhr mit seinem Wahlkampfbus [gleich am ersten Tag](#) des Landtagswahlkampfes 2022 ausgerechnet nach Soest und ließ sich dort mit dem Bürgermeister [ablichten](#), wohl wissend um die misogynen und homophoben Lügen des Bürgermeisters und das laufende Strafverfahren.

- Der NRW Familienminister Stamp (bis Juni 2022) veranstaltete kurz vor dem Wahlkampf ein Panel „[Verschwörungstheorien und Queerfeindlichkeit](#)“, in dem es die Tendenz gab, Queerfeindlichkeit dem rechten Rand zuzuordnen, wenn nicht Prof. Dr. Küpper und Johannes Kram vehement darauf beharrt hätten, dass Homophobie auch und gerade ein Problem der gesellschaftlichen Mitte ist.

Meine Geschichte beweist dies, sie geschieht wahrlich in der zentralen Mitte der Gesellschaft, im Herz der demokratischen Institutionen, in der Politik, Presse und Justiz.

- Kurz vor der Landtagswahl im Juni 2022 hat die Landesregierung bekannt gegeben, Antidiskriminierungsstellen einzurichten, um „niedrigschwellig die Möglichkeit zu bieten, Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu melden und dokumentieren zu lassen.“

Ich aber habe mich vielfach sogar an die höchste Ebene mit der Bitte um Hilfe gewandt, bestenfalls war das ohne Ergebnis.

- Ich bat auch viele Spitzenpolitiker*innen von Bündnis 90/ Die Grünen in Berlin und Düsseldorf um Hilfe, darunter auch Britta Haßelmann, heute Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Britta Haßelmann ist öffentlichkeitswirksam [für Tessa Ganserer gegen die AfD](#) eingetreten und [hat den Mut der Aktivist*innen der Initiative „OutinChurch“ gelobt](#) und hat sich damit zum „ally“ der LGBTIQ+-Community stilisiert.

Kurz nach meiner Bitte um Hilfe fuhr Britta Haßelmann nach Soest, um im Wahlkampf

2020 die dortigen Bürgermeisterkandidatin zu unterstützen.

Unmittelbar nach diesem Besuch veröffentlichte der Soester Ortsverband einen [Post](#) mit der Bürgermeisterkandidatin und einem frisch verheirateten schwulen Paar und feierte die Liebe. Britta Haßelmann - als einzige, wohl gemerkt – kommentierte diesen Post: „Alles, alles Gute Dir und euch!“

Es spricht deshalb einiges dafür, dass Britta Haßelmann die damalige Bürgermeisterkandidatin zu diesem Post motivierte.

Dieser Post ist reines Pink-Washing einer Bürgermeisterkandidatin, die sich über meine gesamte Amtszeit hinweg durch homophobe, misogynne und rassistische Äußerungen hervor getan hat.

Unsere Liebe hat sie nicht gefeiert, sie konnte sich noch nicht einmal dazu durchringen, unsere langjährige Beziehung zu respektieren. Immer wieder drängte sie mich, mein 20 km entfernt liegendes Elternhaus aufzugeben und meinen Wohnsitz innerhalb der Stadtgrenzen zu wählen. Gleichzeitig zeigte sie meiner Lebensgefährtin, wie unerwünscht sie war. Als Vertreterin der Beklagten vor Gericht ließ sie die Ausgrenzung meiner Lebensgefährtin nicht bestreiten, lies diese aber als unbeachtlich für das Arbeitsverhältnis bezeichnen. Letztlich räumte sie damit ein, dass ich mich zwischen meinem Job und meiner Lebensgefährtin hätte entscheiden sollen.

Diese Bürgermeisterkandidatin hatte - wie im Übrigen der Rest der Fraktion - auch meiner fristlose Kündigung zugestimmt mit der Begründung, meine öffentliche Äußerung, dass auch Misogynie und Homophobie bei meiner Nichtwiederwahl eine Rolle gespielt hat, sei eine boshafte, ehrverletzende Beleidigung.

Dass Britta Hasselmann diese Frau pinkwashte, dass sie also die Täterin schützte und nicht dem Opfer half, disqualifiziert ihre Bemühungen, sich zum „ally“ der queeren Community zu stilisieren, als bloße Heuchelei.

Die Politik von Bündnis 90/ Die Grünen in

Soest änderte sich nach diesem Besuch nicht, im Gegenteil: nach der Kommunalwahl 2020 übernahm die Fraktionsvorsitzende (und damalige Bürgermeisterkandidatin) den Vorsitz im Aufsichtsrat der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH und ist seitdem in besonderem Maße für all das verantwortlich, was seitdem geschah, insbesondere auch für die Lügen aus der Klageerwiderung, die aktuell Gegenstand des Strafverfahrens sind.

- Unter den Spitzenpolitiker*innen, die ich immer wieder um Hilfe bat, war auch mehrfach Josefine Paul in ihrer Funktion als queerpolitische Sprecherin in der Düsseldorfer Parteispitze. Soweit für mich erkennbar, haben weder die Parteispitzen, noch Josefine Paul irgendetwas unternommen. Jedenfalls sind die Soester Fraktionsmitglieder weiter im Amt und dürfen bis heute ihr misogynne, homophobes und rassistisches Treiben fortsetzen.

Nun wurde die einstige queerpolitische Sprecherin Josefine Paul Integrations- und Gleichstellungsministerin in NRW und setzt flagrant eine [Kampagne auf mit Ihrem Konterfei und dem ebenso wohlfeilen wie eingängigen Slogan: „In NRW ist kein Platz für Queerfeindlichkeit und Rassismus!“](#)

Mein Fall indes beweist, dass in NRW durchaus viel Platz für Homophobie und Rassismus ist und Bündnis 90/ Die Grünen Homophobie und Rassismus in den eigenen Reihen Raum gibt. Man übt sich lieber im Pinkwashing homophober bzw. rassistischer Mitglieder anstatt diese durch Parteiordnungsmaßnahmen zur Verantwortung zu ziehen und damit die Opfer zu schützen. Dies entlarvt die Kampagne der Integrations- und Gleichstellungsministerin Paul als Heuchelei.

- Ich habe mich wiederholt auch an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und dort zuletzt persönlich an Ferda Ataman gewandt und sie gebeten, informell mit den Verantwortlichen in NRW (Josefine Paul, Dr. Benjamin Limbach) zu sprechen.

Aus ihrem Apparat erhielt ich schließlich u.a. folgende – für mich skandalöse - Antwort:

„Wir möchten keineswegs ausschließen, dass Sie sich diskriminiert fühlen und können

auch verstehen, wie belastend das alles für Sie ist.“

Im Übrigen wurde mir erklärt, dass mir die Antidiskriminierungsstelle nicht helfen könne.

Wenn Bündnis 90/ Die Grünen, die immer wieder betont haben, wie wichtig ihnen die Antidiskriminierungsstelle ist und mit deren Kandidatin die Leitung dieser Stelle besetzt wurde, nicht bereit sind, Diskriminierung in den eigenen Reihen zu bekämpfen, wenn sie misogyne, homophobe und rassistische Funktionsträger wie die Soester Fraktionsvorsitzende mit vereinten Kräften schützen statt sie mit Parteiordnungsmaßnahmen zu überziehen, wenn sie durch ihren NRW-Justizminister sogar bereit sein sollten, die Rechtsbeugung fortzusetzen, dann kann die Antidiskriminierungsbeauftragte nicht mehr gegenüber jedem*r die Stimme erheben, dann werden ihr die Hände gebunden, sie wird unglaubwürdig und so wird aus der unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten ein abhängiges Token. Die Opfer von

gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verdienen aber eine starke und schlagkräftige Antidiskriminierungsbeauftragte, die zu jeder Zeit gegenüber jedem*r die Stimme erheben und für die Opfer Partei ergreifen kann.

- Das Urteil des Landgerichts Arnsberg, öffentliche Misogynie- und Homophobievorwürfe seien ein fristloser Kündigungsgrund, hat mitten in der Metoo-Debatte und den Aktionen „ActOut“ und „OutinChurch“ Signalwirkung an andere, die an ihren Arbeitsstellen ebenfalls Diskriminierung erfahren und die nun noch mehr Mut aufbringen müssen, sich dagegen zu wehren.
- Da die katholische Kirche es offenbar nicht schafft, die Missstände in ihrem eigenen Haus aufzuklären, wird vielfach gefordert, dass der Staat diese Aufklärung übernehmen soll.

Mein Fall beweist, dass auch die Vertreter des Staates nicht willens und/oder in der Lage ist, die eigenen Missstände aufzuklären.

Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser website ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.